

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

34 (22.3.1947)



NEUESTE NACHRICHTEN

Dokument der deutschen Gegenwart

Hamburger „organisieren“ 30 000 t Kohle in vier Wintermonaten

Die ständigen Überfälle, die von der Bevölkerung auf die Kohlenzüge in den Hamburger Rangierbahnhöfen gemacht wurden, haben die Versorgung der Hamburger Industrien in den letzten 4 Monaten 30 000 Tonnen Kohle gekostet. Die deutsche Eisenbahnpolizei in Hamburg erklärt, daß ihre Versuche, die Diebstähle zu verhindern, bisher erfolglos waren, obwohl die Polizeibeamten in 3 Schichten arbeiten, um die einlaufenden Züge vor den Überfällen zu schützen. In der dritten Februarwoche wurden 7 000 Personen beim Kohlen-diebstahl festgenommen. Am 18. Febr. allein betrug die Zahl der Festgenommenen 1 470. Jeden Tag sammelt sich etwa 8 000 Männer, Frauen und Kinder zu derartigen sog. „Selbsthilfsaktionen“. Die Überfälle halten an, obwohl die Polizei Hunde verwendet und die Menschen ständig in Gefahr sind, beim Wegschaffen der Kohle unter die Räder der fahrenden Züge zu geraten. Schulkinder, graubärtige alte Männer, Hausfrauen in Pelzmänteln und schwerbeschädigte entlassene Soldaten bilden die „menschliche Brandung“, die mit Rucksäcken, Kisten und Koffern gegen die Züge anstürmt. Leute mit Schaufeln springen auf die Züge und schaufeln die Kohle aus den Wagen, die dann in Handwagen und selbstgemachte Fahrzeuge gesammelt wird. Durch einen solchen „Kohlensturm“ wird ein Wagen mit 20 t Kohle innerhalb von 30 Minuten leer gemacht. Der Polizei gelang es, von den erwähnten 30 Tsd. Tonnen lediglich 328 Tonnen wieder herbeizuschaffen. (PD)

„Der Führer“ und Simpfindörfer 1936

Eine Vertrauenskundgebung auf dem Landesparteitag der CDU 1947

Wir entnehmen der „Stuttgarter Zeitung“ vom 19. 3. 1947 folgende Notiz: Eßlingen, 18. März. (Eig. Ber.) Auf dem Landesparteitag der CDU, der am 15. und 16. März in Eßlingen a. N. stattgefunden hat, wurde folgende „Entschließung zur Frage des Ermächtigungsgesetzes“ einstimmig angenommen: Der Landesparteitag der CDU hat einstimmig Wilhelm Simpfindörfer zum Parteivorsitzenden wiedergewählt. In dieser Vertrauenskundgebung liegt zugleich die stärkste Verurteilung der politischen Hetze, die gegen ihn durch F. K. Maier und Genossen inszeniert wurde.

Darunter ist ein Abdruck der Zeitung: „Evangelischer Weg“, Christlich-Deutsche Sonntagszeitung vom 29. März 1936:

Der Führer an das deutsche Volk: „Ich bitte jetzt das deutsche Volk, mich in meinem Glauben zu stärken und mir durch die Kraft seines Willens auch weiterhin die eigene Kraft zu geben, die Ehre meines Volkes haben und die wirtschaftlichen Wohlfahrten sorgen zu können, und mich besonders zu stützen in meinem Ringen um einen wahrhaften Frieden.“

(Aus der Reichstagsrede des Führers vom 7. März 1936.)

Danach folgt ein Artikel: **Zum 29. März:** Es sollte am 29. März in Deutschland niemand geben, der nicht wüßte, was an diesem Tage seine ganz selbstverständliche Pflicht als Deutscher ist. Die Beschlüsse der Locarnomächte haben wohl über Deutschlands Grenzen hinaus allen, die guten Willens sind, die Augen darüber geöffnet, wo die größte Gefahr für den Frieden der Welt lauert. Niemand anders als dort, wo man nach 18 leidvollen Jahren es noch wagt, die elementarsten Rechte einem großen Volk vorzunehmen, wo man sich untersteht, mit dem Vorwand des Schut-

Franco-Spanien von den Arbeiten der UN ausgeschlossen

Entscheidung der Vollversammlung

New York, 21. März. (dena-Oans) Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen nahm am 19. ds. Mts. die Resolution zur Durchführung der von der Vollversammlung der UN getroffenen Entscheidung an, Franco-Spanien von allen Arbeiten der UN auszuschließen.

Stalin wird Außenminister Marshall u. Bevin empfangen

Moskau, 21. März. (dena) Generalissimus Stalin wird nach einer Meldung von Radio Moskau den amerikanischen Außenminister George Marshall und den britischen Außenminister Bevin in den nächsten Tagen im Kremel empfangen.

Export-Import-Programm für Deutschland

US-Plan für Wirtschaftseinheit — Baldige Finanzreform erwünscht

Washington, 21. März. (dena) Das US-Außenministerium gab am 19. ds. Mts. die amerikanischen Vorschläge für die Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit bekannt, die Außenminister Marshall am 17. ds. Mts. vor der Außenministerkonferenz darlegte. Der amerikanische Plan hat danach folgenden Wortlaut: „Der Außenministerrat weist die alliierten Kontrollbehörden in Deutschland an, die für die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit notwendigen Maßnahmen zu treffen.“

a) Hinsichtlich der Errichtung und Tätigkeit von deutschen zentralen Verwaltungsbehörden soll die alliierte Kontrollbehörde folgenden Maßnahmen ergreifen: 1. Sie sollen deutsche Zentralverwaltungsbehörden schaffen, die von deutschen Staatssekretären und der Überwachung und Kontrolle alliierter Behörden geleitet werden, jedoch einer vorläufigen deutschen Regierung Bericht erstatten, sobald diese gebildet ist. Diese Behörden sollen für die Finanzen, Transport- und Verkehrswesen, die Industrie, den Außenhandel, Ernährung und Landwirtschaft, sowie für alle anderen Zweige errichtet werden, die von der alliierten Kontrollbehörde als notwendig erachtet werden. Sie sollen die Vollmacht erhalten, alle Probleme innerhalb ihres Arbeitsgebietes zu behandeln, die auf nationaler Basis geregelt werden müssen. 2. Die alliierte Kontrollbehörde soll die für die Leitung dieser Behörden erforderlichen politischen Direktiven erlassen, einschließlich jener Bestimmungen, welche die Aufteilung der Verwaltungsfunktionen zwischen Zentralbehörden und den Ländern festlegen. 3. Sie sollen die Zentralbehörden und die deutschen Behörden der verschiedenen Länder ermächtigen, ohne die Intervention der verschiedenen Besatzungsbehörden direkt in gegenseitige Verhandlungen zu treten. Außerdem sollen die deutschen Länderbehörden direkt alle jene Anweisungen zu geben, wie sie zur Durchführung ihrer Aufgaben in den erwähnten Gebieten erforderlich sind. Die deutschen Länderbehörden sollen verpflichtet sein, diesen Anweisungen Folge zu leisten. Die Befehlshaber der einzelnen Zonen sollen eine Autorität über die Zentralverwaltungsbehörde nur durch die alliierte Kontrollbehörde haben. 4. Die Ermächtigungen und Funktionen, die hiermit den deutschen Zentralverwaltungsbehörden gegeben werden, sollen allen Beschlüssen oder Anweisungen untergeordnet sein, die vom alliierten Kontrollrat oder, falls im Kontrollrat Unstimmigkeiten herrschen, durch die Majorität seiner Mitglieder gegeben werden. b) Die alliierte Kontrollbehörde soll die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit durch die Annahme einer

Deutschland und sein Führer verteidigen heute mit dem Lebensrecht des deutschen Volkes die Zukunft Europas. Würden die Grundsätze der Locarnomächte triumphieren, so wäre damit das Schicksal Europas endgültig besiegelt. In diesem Kampf um eine gerechte Neuordnung Europas, im Kampfe um das Recht, die Freiheit und die Ehre unseres Volkes haben wir Christen mit in vorderster Front zu stehen. Die Welt muß es wissen und sehen, daß die Christen Deutschlands in diesem schweren und entscheidungsvollen außenpolitischen Kampf entschlossen und opferbereit sich dem Führer zur Verfügung stellen.

Jede Stimme für Adolf Hitler ist am 29. März ein Bekenntnis zu echter Volkssolidarität und ein Protest gegen den bösen Geist und die unmoralische Ordnung des Versailler Vertrages. Simpfindörfer. * Wann gedenkt Herr Kultusminister Simpfindörfer die Konsequenz zu ziehen aus seinem Gefühl für Wahrheit und Gerechtigkeit, Ehre und Freiheit? Glaub er, im Volk sei ein solches Gefühl nicht vorhanden?

(Fortsetzung auf Seite 2)

Deutschland in der öffentlichen Meinung der USA

Das Ergebnis einer Rundfrage

Die Wiederherstellung eines wohlhabenden und geeinten Deutschlands erwünscht

New York, 21. März. (dena-INS) Der Rat für amerikanische Beziehungen, eine einflußreiche amerikanische Organisation privater Natur, die sich mit der Erforschung außenpolitischer Probleme befaßt, hat am 10. ds. Mts. auf Grund einer Rundfrage einen Bericht veröffentlicht, der einen Überblick über die öffentliche Meinung in den USA gegenüber Deutschland vermittelt. Zusammenfassend wird die Einstellung in den Vereinigten Staaten gegenüber Deutschland dadurch gekennzeichnet, daß man die Wiederherstellung eines geeinten und wohlhabenden Deutschlands als notwendig für eine geordnete Weltwirtschaft ansieht. Es wird jedoch betont, daß eine gründliche Entmilitarisierung und Entnazifizierung erforderlich ist, damit Deutschland nicht wieder den Frieden bedrohen kann.

General König gegen Beratung aller deutschen Parteien

Berlin, 21. März. (ap) General Pierre König, der franz. Militärgouverneur für Deutschland, erhob am 20. ds. Mts. im alliierten Kontrollrat scharfen Protest gegen die Beratung aller deutschen Parteien über die Bildung einer nationalen Vertretung des deutschen Volkes aufgedrungen hat. Er bezeichnete diesen Schritt als „ungehörig und illegal“.

Wie man jedoch erfahren konnte, teilen der britische Vertreter, Luftmarschall Sir Sholto Douglas und der amerikanische Vertreter, Generalmajor Frank A. Keating, diesen Standpunkt nicht, während der sowjetische Vertreter dem Protest zustimmte.

Brotaufruf in der 99. Periode

Stuttgarter, 21. März. (dena) Auf die bisher noch nicht belieferten Abschnitte für die 99. Zeitungsperiode der Speisekartellkarte wird Brot im Verhältnis 4:1 ausgegeben.

Für Versorgungsberechtigte über drei Jahre werden auf die Abschnitte I, II, III und IV mit der Bezeichnung 99/1 je 750 Gramm R-Brot ausgegeben. Für Versorgungsberechtigte von 1 bis 3 Jahren werden auf die Abschnitte I/II und III/IV mit der Bezeichnung 99/2 je 625 Gr. R-Brot ausgegeben. Für Versorgungsberechtigte bis zu 1 Jahr werden auf die Abschnitte I/II und III/IV mit der Bezeichnung 99/3 je 250 Gramm R-Brot ausgegeben. Anstelle von Brot kann auch Mehl im üblichen Umrechnungsverhältnis 100 : 75 bezogen werden. Die Gültigkeit der Bezugsabschnitte wird bis zur 2. Woche der 100. Zeitungsperiode (bis 13. April 1947) verlängert.

Die IG-Farben und das KZ in Auschwitz

Arbeitsfähige wurden rücksichtslos ins Krematorium geworfen

Nürnberg, 21. März. (Von Thomas A. Reedy, Korrespondent der ap) Amerikanische Juristen sind soeben aus Polen mit Unterlagen für die Tatsache, daß die IG-Farben neben dem Konzentrationslager Auschwitz einen Betrieb aufbauten und Leute, die arbeitsunfähig waren, in das Krematorium des Konzentrationslagers schickten, nach Nürnberg zurückkehrte. Diese Unterlagen bringen erstmalig den Beweis, daß deutsche Industrie mit den Greueln des Massenmordes in Verbindung standen. In wenigen Wochen wird man zwanzig Angestellte der IG-Farben als Kriegsverbrecher vor ein Gericht stellen und die Todesstrafe für sie beantragen.

Die IG-Farben und das KZ in Auschwitz

Arbeitsfähige wurden rücksichtslos ins Krematorium geworfen

Nürnberg, 21. März. (dena) In der Verhandlung vom 20. ds. Mts. im Prozeß gegen Milch fragte der Berichterstatter Michael A. Musmanno den Angeklagten im Verlauf eines Kreuzverhörs, warum er im Januar 1943, als er und seine Generale überzeugt gewesen seien, daß mit Hitler ein Wahnsinniger den Oberbefehl über die deutschen Truppen innehatte, nichts unternommen hätte, um Hitler zu beseitigen. Milch erklärte hierauf, er sei seinem Volk verpflichtet und durch den auf Hitler geleisteten Eid gebunden gewesen. Er sei auch nur ein Mensch, der die Dinge subjektiv sehen konnte.

Einstellung der deutschen Versicherungstätigkeit im Ausland

Gesetz Nr. 47 des Kontrollrates

Berlin, 21. März. (dena) Die amerikanische Militärregierung für Deutschland, Public Relations Office teilt mit, daß der Alliierte Kontrollrat auf seiner 56. Sitzung in Berlin am 10. März 1947 das Gesetz Nr. 47 über die Einstellung der deutschen Versicherungstätigkeit im Ausland erlassen hat.

Auch Außenminister Molotow hält ein Inkrafttreten der deutschen Wirtschaftseinheit für möglich

Die Griechenlanddebatte in USA beginnt

Acheson warnt vor Zusammenbruch Griechenlands und der Türkei; Schwelmbach erklärt die Gründe für Trumans Hilfsangebot

Washington, 21. März. (dena-Reuter) Dean Acheson, Staatssekretär im US-Außenministerium, erklärte am 20. ds. Mts. bei Eröffnung der Debatte über das von Präsident Truman vorgeschlagene Hilfsprogramm für Griechenland und die Türkei im Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses: „Wenn keine Hoffnung auf Besserung besteht, dann wird die Wirtschaft Griechenlands rasch zusammenbrechen. Vor zwei Wochen betrug die Griechenland verfügbare Dollarmittel nur noch 14 Millionen, die gerade ausreichen, um für einen Monat die Importe von Nahrungsmitteln u. anderen wichtigen Gütern aus den USA und anderen Ländern zu finanzieren.“

USA nimmt Nothilfefonds für kriegszerstörte Länder an

Fünfzig Millionen Dollar zusätzlich für Griechenland genehmigt

Washington, 21. März. (dena-Reuter) Eine Gesetzesvorlage, die einen Nothilfefonds von 350 Mill. Dollar für kriegszerstörte Länder vorsieht, wurde am 18. ds. Mts. vom Ausschuß des Repräsentantenhauses für Auswärtige Angelegenheiten gebilligt. Die genannte Summe wird zwischen Griechenland, Italien, Österreich, Ungarn, Polen und möglicherweise China zur Verteilung gelangen. Eine Summe von fünfzig Millionen Dollar ist für Griechenland als zusätzliche Hilfe zu dem von Truman vorgeschlagenen Griechenlandprogramm vorgesehen.

Europäische Weizenerte wenig aussichtsreich

Washington, 21. März. (dena-Reuter) Die Aussicht auf eine gute europäische Weizenerte im Erntejahr 1947/48 könne nicht als befriedigend bezeichnet werden, heißt es in einem am 17. ds. Mts. veröffentlichten Bericht der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation. Die Getreideerte 1947 werde hinter der des Jahres 1946 zurückbleiben.

General König gegen Beratung aller deutschen Parteien

Berlin, 21. März. (ap) General Pierre König, der franz. Militärgouverneur für Deutschland, erhob am 20. ds. Mts. im alliierten Kontrollrat scharfen Protest gegen die Beratung aller deutschen Parteien über die Bildung einer nationalen Vertretung des deutschen Volkes aufgedrungen hat. Er bezeichnete diesen Schritt als „ungehörig und illegal“.

Wie man jedoch erfahren konnte, teilen der britische Vertreter, Luftmarschall Sir Sholto Douglas und der amerikanische Vertreter, Generalmajor Frank A. Keating, diesen Standpunkt nicht, während der sowjetische Vertreter dem Protest zustimmte.

Die IG-Farben und das KZ in Auschwitz

Arbeitsfähige wurden rücksichtslos ins Krematorium geworfen

Nürnberg, 21. März. (Von Thomas A. Reedy, Korrespondent der ap) Amerikanische Juristen sind soeben aus Polen mit Unterlagen für die Tatsache, daß die IG-Farben neben dem Konzentrationslager Auschwitz einen Betrieb aufbauten und Leute, die arbeitsunfähig waren, in das Krematorium des Konzentrationslagers schickten, nach Nürnberg zurückkehrte. Diese Unterlagen bringen erstmalig den Beweis, daß deutsche Industrie mit den Greueln des Massenmordes in Verbindung standen. In wenigen Wochen wird man zwanzig Angestellte der IG-Farben als Kriegsverbrecher vor ein Gericht stellen und die Todesstrafe für sie beantragen.

Einstellung der deutschen Versicherungstätigkeit im Ausland

Gesetz Nr. 47 des Kontrollrates

Berlin, 21. März. (dena) Die amerikanische Militärregierung für Deutschland, Public Relations Office teilt mit, daß der Alliierte Kontrollrat auf seiner 56. Sitzung in Berlin am 10. März 1947 das Gesetz Nr. 47 über die Einstellung der deutschen Versicherungstätigkeit im Ausland erlassen hat.

Die Zeit für eine Diskussion über die Frage einer deutschen Zentralregierung ist jetzt gekommen

Bidault fordert: Deutsche Stahlproduktion 7,5 Mill. t.

Keine Ausdehnung deutscher Industrie zur Reparations-Begleichung

Moskau, 21. März. (dena) Der britische Außenminister Bevin erklärte am Mittwoch, er stimme in vielen wesentlichen Punkten mit der von Molotow abgegebenen Stellungnahme überein, teile jedoch in anderen wichtigen Fragen nicht die Ansicht der sowjetischen Delegation.

USA nimmt Nothilfefonds für kriegszerstörte Länder an

Fünfzig Millionen Dollar zusätzlich für Griechenland genehmigt

Washington, 21. März. (dena-Reuter) Eine Gesetzesvorlage, die einen Nothilfefonds von 350 Mill. Dollar für kriegszerstörte Länder vorsieht, wurde am 18. ds. Mts. vom Ausschuß des Repräsentantenhauses für Auswärtige Angelegenheiten gebilligt. Die genannte Summe wird zwischen Griechenland, Italien, Österreich, Ungarn, Polen und möglicherweise China zur Verteilung gelangen. Eine Summe von fünfzig Millionen Dollar ist für Griechenland als zusätzliche Hilfe zu dem von Truman vorgeschlagenen Griechenlandprogramm vorgesehen.

Europäische Weizenerte wenig aussichtsreich

Washington, 21. März. (dena-Reuter) Die Aussicht auf eine gute europäische Weizenerte im Erntejahr 1947/48 könne nicht als befriedigend bezeichnet werden, heißt es in einem am 17. ds. Mts. veröffentlichten Bericht der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation. Die Getreideerte 1947 werde hinter der des Jahres 1946 zurückbleiben.

General König gegen Beratung aller deutschen Parteien

Berlin, 21. März. (ap) General Pierre König, der franz. Militärgouverneur für Deutschland, erhob am 20. ds. Mts. im alliierten Kontrollrat scharfen Protest gegen die Beratung aller deutschen Parteien über die Bildung einer nationalen Vertretung des deutschen Volkes aufgedrungen hat. Er bezeichnete diesen Schritt als „ungehörig und illegal“.

Wie man jedoch erfahren konnte, teilen der britische Vertreter, Luftmarschall Sir Sholto Douglas und der amerikanische Vertreter, Generalmajor Frank A. Keating, diesen Standpunkt nicht, während der sowjetische Vertreter dem Protest zustimmte.

Die IG-Farben und das KZ in Auschwitz

Arbeitsfähige wurden rücksichtslos ins Krematorium geworfen

Nürnberg, 21. März. (Von Thomas A. Reedy, Korrespondent der ap) Amerikanische Juristen sind soeben aus Polen mit Unterlagen für die Tatsache, daß die IG-Farben neben dem Konzentrationslager Auschwitz einen Betrieb aufbauten und Leute, die arbeitsunfähig waren, in das Krematorium des Konzentrationslagers schickten, nach Nürnberg zurückkehrte. Diese Unterlagen bringen erstmalig den Beweis, daß deutsche Industrie mit den Greueln des Massenmordes in Verbindung standen. In wenigen Wochen wird man zwanzig Angestellte der IG-Farben als Kriegsverbrecher vor ein Gericht stellen und die Todesstrafe für sie beantragen.

Einstellung der deutschen Versicherungstätigkeit im Ausland

Gesetz Nr. 47 des Kontrollrates

Berlin, 21. März. (dena) Die amerikanische Militärregierung für Deutschland, Public Relations Office teilt mit, daß der Alliierte Kontrollrat auf seiner 56. Sitzung in Berlin am 10. März 1947 das Gesetz Nr. 47 über die Einstellung der deutschen Versicherungstätigkeit im Ausland erlassen hat.



(Fortf. auf Seite 2)

Im Telegrammstil

Washington. Die Regierung der USA wird die Benutzung von 16 Stützpunkten auf den Philippinen beibehalten und kann sich jederzeit die Benutzung 7 weiterer Stützpunkte sichern, heißt es in einem Abkommen zwischen den Regierungen der USA und den Philippinen. (dena-Reuter)

Washington. Das amerikanische Marineministerium gab bekannt, daß 27 000 t Flugzeugträger „Leyte“ sich Anfang April nach dem Mittelmeer begeben wird. (dena-INS)

Washington. Die jugoslawische Regierung ist, wie das US-Außenministerium am 20. ds. Mts. bekanntgab, davon in Kenntnis gesetzt worden, daß Jugoslawien keinen Anteil von den vorgeschlagenen 30 Mill. Dollar Nothilfefonds für kriegszerstörte Länder erhalten wird. (dena-Reuter)

London. Der britische Landwirtschaftsminister Tom Williams erklärte am 19. ds. Mts. im Unterhaus, die britische Regierung ziehe in Erwägung, deutsche Kriegserlöse als Zivillisten zwecks Aushilfe in der britischen Landwirtschaft zurückzubehalten und sie gegebenenfalls als Staatsbürger in den britischen Volkskörper aufzunehmen. (ap)

London. Der neue Vizekönig von Indien, Lord Mountbatten, seine Gattin und deren Tochter Pamela, verließen am 20. ds. Mts. vom Flugplatz Northolt aus Großbritannien,

um sich nach Indien zu begeben. (dena-Reuter)

Paris. Der franz. Außenminister Georges Bidault berief am 20. ds. Mts. Frankreichs ersten Regierungssachverständigen für die Kohlenproduktion und den Direktor der industriellen Produktion nach Moskau. (ap)

Paris. Auf Grund einer Rundfrage des französischen Instituts zur Erforschung der öffentlichen Meinung haben sich 64% der über den zukünftigen Status der Ruhr befragten Franzosen für eine Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland und eine Unterstellung dieses Gebietes unter die politische und wirtschaftliche Kontrolle einer internationalen Behörde ausgesprochen. (dena-INS)

Stuttgart. Das „Deutsche Büro für Friedensfragen“ wird von Frankfurt nach Ruit bei Stuttgart verlegt werden und seine Arbeit voraussichtlich im Laufe der nächsten Woche aufnehmen. (dena)

Kapstadt. Der südafrikanische General Smuts lehnte am 19. ds. Mts. die Forderung der nationalistischen Partei ab, daß Südwesafrika zum 5. Staat der Union erklärt werden und die südafrikanische Union den Vereinten Nationen keine weiteren Berichte über die Verwaltung von Südafrika übermitteln solle. (dena-Reuter)

Brüssel. Unter der Führung von Paul Henri Spaak ist am 19. ds. Mts. ein neues belgisches Kabinett gebildet worden. (ap)

gemeinsamen Politik sicherstellen, welche die folgenden Punkte enthält:

- 1. a) Einheimische Produkte und Importe sollen auf gemeinsamer Basis in ganz Deutschland ohne Rücksicht auf die Zonengrenzen verfügbar gemacht werden. Zu diesem Zweck sollen Mangelwaren nach einem gemeinsamen Standard zugeteilt oder rationiert werden, während andere Waren frei gehandelt werden sollen.
- b) Beibehaltung der Industrie auf friedlicher Grundlage
- c) Die landwirtschaftliche Produktion soll auf einen Höchststand gebracht und die Industrie auf friedlicher Grundlage wieder in Gang gebracht werden. Für ganz Deutschland soll sofort ein Export-Import-Programm festgesetzt werden, um Deutschland in die Lage zu versetzen, die genehmigten Importe zum frühestmöglichen Datum zu bezahlen. Hierbei soll die Bedeutung der deutschen Exporte für den Wiederaufbau Europas in Rechnung gestellt werden. Ein zeitweiliges Defizit in der internationalen Zahlungsbilanz Deutschlands soll von den Besatzungsmächten je nach dem vom alliierten Kontrollrat genehmigten Defizit gedeckt werden.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Tauschgesuche

Gebotenes an erster Stelle
3 1/2 Ford-Generator, Bauj.
44, ge. ber., fahrbar, u. g.

H-Winterm., et. erh. mittl.

Gr. gg. Bucken Henow,
Khe. Kriegerstraße 267.
H-W-Mantel, od. H-Anzug,
Gr. 172, gg. Foto, Radio

Felzmantel, m. Kappe, für

2-5 J. Mch., 2 Mod.-Kld.,
w. u. dklr., 40/42, geg.
Stoff, Kld., Kist., H-Mtl.,
od. H-Mtl., Khe. 3204.

Neue Stühle, ev. Tische gg.

neue D-U-Wäsche, Gr. 44,
Huck, Khe., Daxl, 29.
Lauterbach, 1. Laifer u.

H-Halsbueche, Gr. 42, Ar-

tentische, f. neu. Schell-
platten, gg. Toilettenh.

Kinderwagen, gut erh., geg.

ebens. Sportwagen. Busch,
ebens. Sportwagen. Busch,
ebens. Sportwagen. Busch,

Bauholz, gg. 80 cm Linoleum

Mahl, Khe., Ertl, Str. 33.
Ziegel, Bierschwand, geg.

Welder Kichenherd zu kauf.

zu verkaufen. Josef Mohr,
Osting-Fabrik, Bruchsal.

4 Drahtrostfeuer, 6 We-

zu verkaufen. Josef Mohr,
Osting-Fabrik, Bruchsal.

Wohnungstausch

1 Zimmer-Wohn. m. Küche u.
Klo, 3 Zim., 2 B., 2 Bad., 100 qm

Wohnungstausch

1 Zimmer-Wohn. m. Küche u.
Klo, 3 Zim., 2 B., 2 Bad., 100 qm

